

Europäische Zivilgesellschaft

Dringender Aufruf zur Beendigung des Völkermordes

159 europäische zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften haben einen dringenden Brief an die EU-Vertreter und europäischen Entscheidungsträger geschickt, in dem sie die dringende Notwendigkeit zum Ausdruck bringen, im Einklang mit dem IGH-Urteil zu handeln, ihre Verpflichtungen als Drittstaaten zu erfüllen und den Völkermord in Gaza zu beenden.

An: Präsidentin Ursula von der Leyen

Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis, Europäische Kommission

Herr Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates

Frau Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments

Premierminister Alexander De Croo, Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union

Herr Josep Borrell, Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Premierminister aller EU-Mitgliedstaaten

Herr Rishi Sunak, Premierminister des Vereinigten Königreichs

Jonas Gahr Støre, Premierminister von Norwegen,

12. März 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

die unterzeichnenden Organisationen fordern die EU und alle europäischen Länder auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um **die drohende israelische Bodeninvasion in Rafah zu stoppen und Israel mit allen Mitteln zu zwingen, den Völkermord zu beenden**. Es wird keine andere Möglichkeit geben.

Die Vereinten Nationen und Menschenrechtsorganisationen warnen vor einer unumkehrbaren Katastrophe nach einer Bodeninvasion in Rafah, wo 1,4 Millionen vertriebene Palästinenser in improvisierten Unterkünften zusammengedrückt sind und keine Möglichkeit zur Flucht haben. Ägypten und die humanitäre Gemeinschaft werden mit einem inakzeptablen Dilemma konfrontiert: Entweder sie unterstützen die ethnische Säuberung des Gazastreifens, um Leben zu retten, oder sie lassen das Vollenden des Massenmordes zu. **Dies ist die letzte Chance für die internationale Gemeinschaft zu handeln. Ohne ein entschlossenes Handeln der**

internationalen Gemeinschaft wird die Auslöschung des Gazastreifens vollendet werden.

Mehr als 155 Tage nach Beginn des Krieges gegen die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens hat das moralische Versagen der internationalen Gemeinschaft, einen sofortigen Waffenstillstand zu verhängen, zu dieser beispiellosen "[Krise der Menschlichkeit](#)" beigetragen. Was sich in Gaza abgespielt hat, widerspricht jeder Menschlichkeit. Wir haben an Sie appelliert, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Katastrophe zu verhindern. Der UN-Generalsekretär, UN-Experten, Menschenrechtsorganisationen und Millionen von Bürgern auf der ganzen Welt fordern mit einer Stimme: einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand und uneingeschränkten Zugang für humanitäre Hilfe nach Gaza.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass [26 EU-Mitgliedstaaten](#) zu einer "sofortigen humanitären Pause" aufgerufen haben, was zwar einen Schritt nach vorne unter Umge-

hung der Konsensregeln bedeutet, jedoch aber weit entfernt von einer dringend notwendigen dauerhaften Waffenruhe ist. Wir bekräftigen die [jüngste Forderung](#) des Europäischen Parlaments nach einem "sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand".

Die Geschichte lehrt uns jedoch, dass ein solcher Aufruf ohne durchsetzbare Maßnahmen nicht zur Einhaltung durch die israelische Regierung führen wird. Wir fordern Sie auf, den Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen und keine sinnlosen Vorwürfe zu erheben, während die israelische Regierung weiterhin vollendete Tatsachen schafft. Sie haben nur dazu gedient, Israel Zeit zu verschaffen, um den Ausbau illegaler Siedlungen, die Enteignung palästinensischen Landes und palästinensischer Ressourcen, die Zerstörung von Leben, Eigentum und Gemeinden sowie die Verfestigung der Besatzung durch unterdrückerische und diskriminierende Gesetze und Praktiken fortzusetzen. All dies stellt Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar. Ihre Untätigkeit hat das palästinensische Volk in den letzten 57 Jahren im Stich gelassen und ist in den letzten 155 Tagen zum Komplizen eines möglichen Völkermords geworden. In der Zwischenzeit ist Palästina in unzusammenhängende kleine Bantustans mit wenig Hoffnung auf einen lebensfähigen Staat zerfallen. Die kollektive Bestrafung, die dem Gazastreifen in den letzten 17 Jahren auferlegt wurde, hat sich zu einer mahlenden Völkermordmaschine entwickelt, die ihr Ziel fast erreicht hat. Wir haben keine Zeit mehr für den gleichen gescheiterten Versuch. Jeder Tag, der vergeht, kostet Leben.

Die Erklärung der israelischen Regierung, ihre Militäroperation auf Rafah auszudehnen, folgt auf das Urteil des Internationalen Ge-

richtshofs (IGH) als Antwort auf die [Klage Südafrikas, das Israel des Völkermordes beschuldigt](#). Das Gericht bestätigte, dass zumindest einige der südafrikanischen Anklagepunkte plausibel sind, und wies Israel an, ungehinderten humanitären Zugang zu gewähren und alle Akte des Völkermords einzustellen. 45 Tage nach dieser vorläufigen Entscheidung ist klar, dass Israel die Anordnungen des höchsten Gerichts der Welt eklatant ignoriert hat. Die wahllose Tötung und Verstümmelung von Zivilisten, die weitreichende Zerstörung der zivilen Infrastruktur, einschließlich Krankenhäusern und sanitären Einrichtungen, und die gezielten Angriffe auf Mediziner und Journalisten haben auch nach dem Urteil des IGH nicht aufgehört. Der Zugang für humanitäre Hilfe wurde noch stärker eingeschränkt als vor dem Urteil. Da fast alle Krankenhäuser entweder zerstört oder funktionsuntüchtig gemacht wurden, droht den Menschen ein vermeidbarer Tod, weil es an medizinischer Versorgung mangelt. Hungersnöte und ansteckende Krankheiten haben bereits begonnen, Menschenleben zu fordern. Es wird mit einer noch höheren Zahl von Todesopfern gerechnet, wenn nicht sofort eingegriffen wird.

Je deutlicher die Missachtung des IGH-Urteils durch die israelische Regierung wird, **desto zwingender wird die Verantwortung von Drittstaaten, Israel zur Einhaltung des Urteils zu zwingen.** Bei schweren Verstößen gegen das Völkerrecht, wie z. B. Völkermord, haben Drittstaaten sowohl eine passive als auch eine aktive Verantwortung: Sie müssen die Begehung solcher internationalen Verbrechen "nicht unterstützen" und aktiv "verhindern". Die internationale Gemeinschaft muss diesen Verpflichtungen mit allen verfügbaren Mitteln nachkommen. Zunächst

müssen alle Aktivitäten eingestellt werden, die die Begehung eines laufenden Völkermordes direkt unterstützen. **Jegliche Militärhilfe und Waffenverkäufe an Israel müssen verboten werden.**

[UN-Experten haben die Ankündigung Spaniens, Italiens und der wallonischen Regionalregierung Belgiens begrüßt, Waffenlieferungen an Israel auszusetzen.](#)

Das Berufungsgericht in Den Haag wies die niederländische Regierung an, den [Export von Teilen des F-35-Kampffjets](#) nach Israel zu stoppen, da eindeutig die Gefahr bestehe, dass diese bei schweren Menschenrechtsverletzungen eingesetzt würden, womit es sich eindeutig dem IGH anschloss. Während wir auf die unverzügliche Umsetzung dieser Entscheidungen warten, **fordern wir alle europäischen Regierungen auf, mit sofortiger Wirkung ein umfassendes Waffenembargo zu verhängen.** [Wie der HRVP Josep Borrell selbst sagte](#), ist es unlogisch, weiterhin Waffen zu liefern, während man gleichzeitig seine Besorgnis über das übermäßige zivile Sterben in Gaza zum Ausdruck bringt. Länder wie die USA, das Vereinigte Königreich, Deutschland, Kanada und Frankreich, die weiterhin Waffen an Israel liefern, ermöglichen es Israel, seine Menschenrechtsverletzungen fortzusetzen **und laufen Gefahr, sich an einem Völkermord zu beteiligen.**

Um die vorläufigen Maßnahmen des IGH zur **Gewährleistung des humanitären Zugangs zu erfüllen**, müssen alle Staaten die humanitäre Gemeinschaft unterstützen und schützen. Fast unmittelbar nach der vorläufigen Entscheidung des IGH erhob Israel den Vorwurf, 12 Mitarbeiter des Hilfswerks der Vereinten Nationen (UNRWA) seien in den Hamas-Anschlag vom 7. Oktober letzten Jahres verwickelt gewesen. Mehrere Staaten, darunter die

USA, das Vereinigte Königreich, Australien, Österreich, Finnland, die Niederlande und Schweden, beeilten sich, ihre Finanzhilfen für das UNRWA auszusetzen, obwohl das Hilfswerk die beschuldigten Personen umgehend entließ und eine interne Untersuchung einleitete, **obwohl Israel bis heute keine Beweise vorgelegt hat.**

Das ungewöhnlich schnelle Vorgehen dieser Staaten gegen das UNRWA auf der Grundlage einer unbewiesenen Anschuldigung, die nur weniger als 0,1 % aller UNRWA-Mitarbeiter betrifft, ist wirklich erstaunlich.

Die humanitäre Gemeinschaft, einschließlich der neuen [UN-Koordinatorin für humanitäre Hilfe und Wiederaufbau in Gaza, Sigrid Kaag](#), reagierte mit dem Argument, dass die Rolle des UNRWA bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe absolut unerlässlich und unersetzlich sei. Dieser enorme Rückschlag wird die Fähigkeit des UNRWA, den palästinensischen Flüchtlingen in dieser kritischsten Zeit der jüngeren Geschichte wichtige humanitäre Hilfe zu leisten, ernsthaft beeinträchtigen. Das UNRWA ist die einzige Lebensader für Millionen von Palästinensern, erst recht unter den derzeitigen Umständen in Gaza.

Die Streichung der Mittel für das UNRWA ist eine eklatante Missachtung der vorläufigen Maßnahmen des IGH und eine inakzeptable Beleidigung für die heldenhafte humanitäre Organisation, die unter extrem schwierigen Bedingungen arbeitet.

Organisationen der Zivilgesellschaft in diesen Ländern haben dazu aufgerufen, diese unverantwortliche Entscheidung rückgängig zu machen. Wir danken einigen europäischen Ländern, namentlich Belgien, Irland, Spanien und Norwegen, dass sie dem UNRWA weiterhin ihre Unterstützung zugesichert haben.

Wir begrüßen auch die [Entscheidung der EU](#),

[die Finanzierung des UNRWA fortzusetzen, was die folgende Erklärung des Hohen Vertreters Josep Borrell widerspiegelt:](#)

"Eine Streichung der Mittel für das UNRWA wäre sowohl unverhältnismäßig als auch gefährlich.". Wir fordern diese rücksichtslosen Länder, die ihre Unterstützung für das UNRWA zurückgezogen haben, erneut auf, ihre Entscheidung rückgängig zu machen und den Verpflichtungen aus dem Urteil des IGH nachzukommen. **Diese Länder könnten alle mit dem Vorwurf der Unterstützung des Völkermords konfrontiert werden, wie bereits das [Verfahren gegen Deutschland vor dem IGH](#) gezeigt hat.**¹

Es ist endlich an der Zeit, dass Europa als größter Handelspartner Israels, auf den fast 30 % des israelischen Warenhandels entfallen, ein möglichst starkes Druckmittel anwendet. Wir begrüßen die [jüngste Aufforderung Spaniens und Irlands](#), das Verhalten Israels im Bereich der Menschenrechte zu überprüfen, wie es in Artikel 2 des **Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel** festgelegt ist. Viele der Unterzeichner dieses Schreibens haben immer wieder dessen sofortige Aussetzung gefordert. Die kolossalen Menschenrechtsverletzungen Israels, die von den Vereinten Nationen, UN-Experten und Menschenrechtsorganisationen über Jahrzehnte hinweg dokumentiert wurden, sind nun auch im Gerichtssaal ans Licht gekommen, da der IGH auf Antrag der UN-Generalversammlung eine weitere Anhörung [zu den rechtlichen Folgen der israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete](#) durchführt. Zusammen mit der früheren Anhörung, in der Israel des Verbrechens des Völkermordes angeklagt wurde, bedürfen

diese vorgelegten Beweise keiner weiteren Untersuchung. Wir fordern, dass alle europäischen Länder auf der Grundlage ihrer eigenen bilateralen Abkommen mit Israel dringend ähnliche wirtschaftliche, politische und diplomatische Maßnahmen ergreifen.

Die Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel und ähnliche Handelsmaßnahmen der wichtigsten europäischen Länder, **ergänzt durch ein koordiniertes vollständiges Waffenembargo**, sind die einzige Möglichkeit, den anhaltenden Völkermord in Gaza zu stoppen.

Es ist an der Zeit, Europas moralische Grundsätze in die Tat umzusetzen und zu zeigen, dass sein Engagement für die Menschenrechte echt ist.

Wenn wir jetzt nicht handeln, bedeutet dies, dass wir das palästinensische Volk und das gesamte Völkerrechtssystem mit den Vereinten Nationen im Mittelpunkt völlig im Stich lassen, was sehr gefährliche globale Folgen hätte. Es könnte sogar die Mitschuld an einem Völkermord bedeuten. Die UN-Charta und die verschiedenen Konventionen beruhen auf dem heiligen Versprechen "Nie wieder", die Menschheit vor den Geißeln des Krieges und der mutwilligen Zerstörung zu bewahren. Sie haben die moralische Pflicht, diesen Geist zu bewahren.

<https://www.eccpalestine.org/european-civil-society-urgent-call-to-stop-the-genocide/>

(mit der Liste der unterzeichnenden Organisationen)

Übersetzung: Sig Redaktion,

<https://www.sand-im-getriebe.org>

<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina>

¹ In der Zeit der Unterschriftensammlungen nahmen auch Kanada und Schweden ihre Finanzierung des UNRWA wieder auf.